

Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ - Ein Beitrag zum sozialen Zu- sammenhalt vor Ort

**Dokumentation Bundeskongress
am 26. Juni 2018 in Berlin**

Auftraggeber:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn

Ansprechpartner:

Julia Kemper, Katrin Kleinhans, Meike Heckenroth

Anlass und Ziel des Kongresses

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat lud am 26. Juni 2018 zum Bundeskongress Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ in das Radialsystem nach Berlin ein. Rund 160 Teilnehmende aus ganz Deutschland folgten der Einladung. Mit dem Investitionspakt fördern Bund und Länder die Erneuerung sowie den Aus- und Neubau sozialer Infrastruktur und deren Weiterentwicklung zu Orten des sozialen Zusammenhalts und der Integration. Die Veranstaltung diente dem Austausch zwischen Politik, Bund, Ländern, der kommunalen Praxis und der Fachwelt im Hinblick auf bisherige Erfahrungen, Erfolgsfaktoren und zu überwindende Hemmnisse.

Ergebnisse

Der Vormittag widmete sich der **Sicht von Bund und Ländern** auf das Förderprogramm und den damit verbundenen Zielsetzungen. Für den Bund steht die Förderung von Einzelprojekten im Vordergrund, die die Situation und die Akteure vor Ort berücksichtigen. Die Förderregularien wurden daher bewusst offen gehalten, so dass viele soziale Infrastruktureinrichtungen mit dem Investitionspakt gefördert werden können. Auch aus Ländersicht steht die lokale Ebene im Fokus. Integration könne nur gelingen, wenn es ein echtes Miteinander und einen Zusammenhalt in der Nachbarschaft gibt. Infrastruktureinrichtungen leisteten einen wichtigen Beitrag, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Dabei läge es im Ermessen der Kommunen, welche Maßnahme in ihrer Kommune sinnvoll ist.

Der **thematische Einstieg** in die konkreten Projekte vor Ort erfolgte über einen Vortrag von Güner Yasemin Balci mit dem Thema „Wer Frieden will, muss Frauen stärken – Die Bedeutung von geschlechtsspezifischer Kinder- und Jugendarbeit im Quartier.“ Sie schilderte, welche besondere Bedeutung Räume für die Kinder- und Jugendarbeit im Quartier für den persönlichen Lebensweg von jungen Menschen haben können.

In der anschließenden **Podiumsdiskussion** wurden die verschiedenen Facetten der Integration vor Ort beleuchtet. Zentrales Element sei dabei die Partizipation der beteiligten Akteure in der Verwaltung, in den sozialen Einrichtungen und insbesondere der zukünftigen Nutzer der Einrichtungen. Es müsse darum gehen, die Menschen zu aktivieren. Es müsse vermieden werden, über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg zu planen. Nur wenn die Bedürfnisse der unterschiedlichen Zielgruppen adäquat berücksichtigt würden, könne eine soziale Einrichtung zu einem Ort der Integration werden. Dabei sei auch immer die jeweilige Entwicklungsdynamik in einem Quartier zu beachten. Neben den Orten der Integration bedarf es aber auch weiterer Grundvoraussetzungen für eine gelingende Integration. Dies seien u.a. bezahlbarer Wohnraum, gute Bildungsangebote in Kita und Schule, gemischte Stadtquartiere sowie eine Integration in den Arbeitsmarkt.

Am Nachmittag wurde neben einem Überblick über die im Programmjahr 2017 geförderten Projekte anhand von konkreten **Projektbeispielen** erläutert, was Orte

der Integration auszeichnet und welche Voraussetzungen sie in baulicher, konzeptueller und organisatorischer Hinsicht erfüllen sollten.

In **baulicher** Hinsicht wurde deutlich, dass ein barrierefreier Zugang, ein großes Foyer, ein offener Eingangsbereich, flexible Nutzungsmöglichkeiten der Räume oder auch eine besondere Architektur Orte der Integration kennzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass je nach Lage in der Gemeinde oder Stadt Orte der Integration auch als Frequenzbringer fungieren oder unterschiedliche Stadtbereiche miteinander verknüpfen können.

Neben der baulichen Öffnung erfolgen bei vielen Projekten auch eine **inhaltliche** Öffnung der Einrichtung und eine Verzahnung von unterschiedlichen Angeboten. Kindertagesstätten werden als Familienzentren ausgebaut und somit auch für die Eltern geöffnet. Schulen erweitern ihr Angebot und bündeln verschiedene Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie Erwachsenenbildung zu einem Bildungscampus. Ein neues Bürgerzentrum entsteht durch die Sanierung eines ehemaligen Bahnhofs und der Bündelung verschiedener Vereine aus dem kulturellen, sozialen und sportlichen Bereich.

Auch **organisatorisch** stehen die Akteure vor neuen Herausforderungen, wenn unterschiedliche Angebote miteinander verzahnt werden. Es bedarf neuer Kooperationsstrukturen und geeigneter Austauschformate. Es zeigt sich, dass dabei die Aspekte Freiwilligkeit sowie gegenseitige Akzeptanz und Wertschätzung aller Beteiligten eine große Rolle spielen. Daneben bedarf es einer positiven politischen Unterstützung für das Projekt. Auch ein mittelnder Moderator, wie etwa ein extern Beauftragter oder der Bürgermeister, wurde von einigen Kommunalvertretern als wichtig für den Projekterfolg genannt.